

„Soziale Ungleichheit und Wirtschaftskrise“

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Hacker, Thilo Scholle, Till van Treeck

Foto: www.dipdealer.com, © chroma.



(K)ein Ende des Neoliberalismus – Ungleichheit und die Krise

Fast vier Jahre sind bereits vergangen, seit das Weltfinanzsystem im September 2008 mit der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers seine schwerste Eruption erlitt. Es war der symbolische Anfangspunkt einer globalen Finanzkrise, die zur Wirtschaftskrise mutierte und sich in der Europäischen Union (EU) seit nunmehr zwei Jahren als Währungs- und politische Systemkrise fortgesetzt hat. Diese multiplen Krisen hängen miteinander zusammen und überlappen sich stellenweise.

Die Hintergründe für die gegenwärtigen Krisenphänomene liegen tiefer als die Pleite einer großen Investmentbank in den USA. Seit nunmehr drei Jahrzehnten erneuert der neoliberale Kapitalismus stets sein Versprechen, durch das freie Spiel der Marktkräfte würde der Wohlstand aller gemehrt. Die europäische und globale Marktöffnung wurde begleitet vom Dreigestirn aus Liberalisierung, Deregulierung und Risikoindividualisierung und hat den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen merklich zurückgedrängt. Doch aus der in Teilen berechtigten

Kritik am bürokratischen Interventionsstaat in den 1970er Jahren wurde bald eine unhinterfragte Doktrin der Marktgläubigkeit, aus den Chancen internationaler Verständigung nach dem Ende des real existierenden Kommunismus seit 1989 wurde das übermütige Projekt der globalen Marktgesellschaft, gipfelnd in der These vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).

Die Kehrseite des entfesselten, globalen Kapitalismus war stets die ihm inhärente Logik von Exzess und Selbstüberbietung. Auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite sind irgendwann die begrenzenden Planken realwirtschaftlicher Tätigkeit verloren gegangen; das Spekulationskarussell drehte sich fortan um sich selbst. Und aufmerksamen Beobachtern war von Beginn an klar, dass dieser „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt), der den Stakeholder durch den Shareholder-Value ersetzte, nicht den Wohlstand aller mehren würde. Die vermeintliche unsichtbare Hand des Washington Consensus hat nicht dafür gesorgt, dass die Flut alle Boote hebt. Stattdessen sind die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt in den meisten Staaten der westlichen Welt weiter auseinander.

der; einer privilegierten Wirtschaftselite stehen die von der Globalisierung Enttäuschten gegenüber. Wer 2008/09 geglaubt hat, die Überdehnung des Marktglaubens führe zu einem Aufbrechen der neoliberalen „pensée unique“, sieht sich heute getäuscht. Der Staat wurde auf dem Höhepunkt der Krise benötigt, um Schlimmeres zu verhindern, musste systemrelevante und anscheinend systemrelevante Bankinstitutionen mit Steuergeldern retten und Konjunkturpakete gegen die Rezession schmieden. Die geretteten Finanzmärkte „bedanken“ sich heute, indem sie die Staaten mittels schlechter Ratings und hoher Refinanzierungszinsen auf ihre zu hohen Verschuldungsquoten hinweisen.

Es ist daher auch kein Zufall, dass kapitalismuskritische zivilgesellschaftliche Bewegungen wie „Occupy Wall Street“ immer mehr Anhänger bis weit in die obere Mittelschicht hinein gewinnen und durch Aktion und Beharrlichkeit ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit erzielen. Doch bleibt von diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen bisher in der Realpolitik und ihren Institutionen kaum mehr hängen als eine Protestnote gegen die herrschenden Zustände auf den Finanzmärkten. Was trotz Steilvorlage durch die Krise unerreichbar scheint, ist eine Einhegung des globalen Finanzkapitalismus, seine Rückführung in eine der Realwirtschaft dienende Funktion und die Wiedererlangung des Primats der Politikgestaltung über das Marktgeschehen.

In Europa ist liberal-konservativen Politikkreisen zur Ehrenrettung der Finanzmärkte gar das nahezu Unmögliche gelungen: Die Staatsverschuldung innerhalb der Eurozone wird nicht als Folge der globalen Finanzkrise, sondern als ihre Ursache diskutiert. Dabei hilft die griechische Tragödie Wunder. Anstatt die politökonomischen Versäumnisse und Verfehlungen des kleinen Landes mit der gebotenen Strenge zu schultern, soll hier ein Exempel statuiert werden. Politisch ungerechtfertigt und ökonomisch fehlgeleitet wurde rhetorisch eine Folie schlechter Staatstätigkeit gestanzt und auf alle Staaten der Eurozone gelegt, die sich in Refinanzierungs-

schwierigkeiten befinden. Daraus wuchs das System der „konditionierten Solidarität“ – Kreditgarantien und Rettungsschirme nur gegen einen harten Austeritätskurs, also verpflichtende Sozialkürzungen und neoliberale Reformschritte.

Das europäische Krisenmanagement der vergangenen zwei Jahre ist stark von Deutschland geprägt und gelenkt. Gerade hier ist das Festhalten an den ökonomischen Glaubenssätzen aus der Zeitrechnung vor der Finanzkrise ungebrochen. Statt „New Economic Thinking“ sind in Wissenschaft, Politik und Medien weiter die alten neoliberalen Lehren mehrheitsfähig. Auch die parlamentarische Opposition hat Angst, aus den engen Bahnen der tradierten Wirtschaftsphilosophien auszubrechen. Zwar sind sich auf der analytischen Ebene Ökonomen und viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einig, dass Merkels Europapolitik die ökonomische Krise verschärfen und die soziale Spaltung vorantreiben wird. Trotzdem scheint die SPD bislang nicht in der Lage, einen umfassenden und kohärenten Gegenentwurf für ein sozial gerechtes und gesamtwirtschaftlich stabiles Europa zu entwickeln. Zu klären wäre in diesem Zusammenhang auch, wie die Partei mit der verfassungsrechtlich problematischen Tendenz, immer weiter gehende finanzpolitische Kompetenzen auf die EU zu verlagern, und so den nach Einführung der Schuldenbremse ohnehin schon kleiner gewordenen Spielraum des Bundestags in Sachen Wirtschafts- und Finanzpolitik noch weiter einzuschränken, umgehen möchte. Gerade hier ließe sich eine neue Diskussion über die Ausgestaltung der europäischen Verfassungsordnung anschließen.

Zu begrüßen ist, dass im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Zustimmung zum Fiskalpakt ernsthaft über europäische Wachstumsprogramme und Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen, die Bundesregierung zur Akzeptanz alternativer Politiken gedrängt werden konnte. Entscheidend wird allerdings sein, solche alternativen Politiken auch verbindlich auf europäischer Ebene zu organisie-

ren. Dies gilt auch für die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die auf den ersten Blick zwar einen innenpolitischen Verhandlungserfolg darstellt, auf europäischer Ebene durch die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten zugleich aber von vielen denkbaren Forderungen der Opposition die für die Bundeskanzlerin angenehmste ist. Ansonsten könnte in der interessierten Öffentlichkeit – nicht zum ersten Mal – der Eindruck entstehen, dass die Sozialdemokratie sich die Zustimmung zu einem wirtschaftspolitisch fatalen Projekt wie dem Fiskalpakt durch in der Praxis dann nicht umgesetzte „Zugeständnisse“ hat abringen lassen. Nötig wäre für die SPD zudem in der politischen Kommunikation ein Bruch mit der durch den Fiskalpakt verkörperten Austeritätsdoktrin, der bislang allenfalls halbherzig ausgefallen ist. Daran ändern auch die mit der Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen zur Beschäftigungs- und Wachstumsförderung grundsätzlich nichts. Zwar sind diese Einzelmaßnahmen sachpolitisch zu begrüßen, gleichzeitig festigt die Zustimmung zum Fiskalpakt den Austeritätspfad. Sich hinter Angela Merksel breitem Rücken zu verstecken, scheint gerade der Sozialdemokratie kurzfristig geringere Opportunitätskosten zu verursachen, als ein mutiges eigenes Alternativangebot zum Krisenkurs auf den Marktplätzen der Republik gegen die Mär von der Staatsrelevanz der „schwäbischen Hausfrau“ zu verteidigen.

Deutschland wird so immer mehr zu einer Insel: unverbesserlich gestrig an den Zauber der Marktgläubigkeit gekettet, erschreckend überheblich seinen momentanen Wirtschaftsboom auskostend und partiell geschichtsvergessen, wenn verärgert notiert wird, dass in Südeuropa nicht genügend zum „Heraussparen“ aus der Krise getan wird – als hätte es die Brüning'schen Sparprogramme und ihre Folgen nie gegeben. Gleichzeitig schrauben sich die Kosten für eine nachhaltige Überwindung der Krise der Eurozone in kaum noch überschaubare Höhen. Anstatt zeitig und konsequent eine Strategie der „politics against markets“ (Gøsta Esping-Andersen) zu fahren, rennen die Staats- und Regie-

rungschefs mit jedem ad hoc gefassten Krisengipfelbeschluss den Ereignissen hinterher. Die Finanzmärkte diktieren die Bedingungen, die Politik ziert sich vor dem Unvermeidlichen, und in zwei Jahren „Experimentallabor Austerität“ ist nichts besser, aber vieles schlechter geworden. Ein Hoffnungsschimmer am Horizont war die Wahl von François Hollande zum Staatspräsidenten Frankreichs. Doch wie stark er sich mit seiner Forderung nach einem alternativen Kurs im Krisenmanagement wird durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Die Beharrungskräfte sind groß und das politische Klima in Europa und zwischen den G20 ist vergiftet.

Beiträge des Schwerpunkts

In diesem Schwerpunkt sollen mosaikartig einige zentrale Themen und Aspekte der multiplen Krisen zusammengetragen werden. Zentral wird dabei insbesondere die Frage von wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit und ihre Verbindung zu den Krisenphänomenen diskutiert.

Till van Treeck untersucht anhand der Beispiele USA und Deutschland, wieso der Protest gegen die Ungleichheit, der sich im Motto der Occupy-Bewegung („Wir sind die 99 Prozent“) widerspiegelt, eine so große Zustimmung in der Bevölkerung erfährt. Unter ÖkonomInnen herrscht zunehmend Konsens darüber, dass der starke Anstieg der Ungleichheit in vielen Ländern eine strukturelle, makroökonomische Ursache der „Großen Rezession“ darstellt.

Sebastian Dullien zeichnet die Finanzmarktformen der vergangenen vier Jahre nach. In den USA sei ebenso wie in der EU weitaus mehr passiert, als oft wahrgenommen werde: von der Struktur der Finanzaufsicht, über die Eigenkapitalanforderungen, Regeln für systemrelevante Finanzinstitute bis hin zur Regulierung von Finanzprodukten und Ratingagenturen. Viele dieser kleinteiligen Regulierungsfragen betreffen jedoch nicht den Kern der Krise. Um das globale Finanzsystem grundsätzlich zu verändern, ist es nach Dullien vielmehr notwendig, die wach-

sende Ungleichverteilung der Einkommen, die makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Ländern und die übermäßige Komplexität der Finanzmärkte zu korrigieren.

Klaus Busch beleuchtet in seinem Beitrag die möglichen Konsequenzen der verfehlten Austeritätspolitik in Europa. Dabei führt er drei Szenarien an: einen Kollaps von Eurozone und EU (1), einen „Muddling through path“ (2) und die Bewältigung der Krise durch die Vertiefung der Integration (3). Der realen Gefahr einer Spaltung der Europäischen Union würde das zweite Szenario mit einer kurzfristigen, aber letztlich unzureichenden Stabilisierung der Finanzmärkte begegnen, welche aber die stagnativen Tendenzen in der Realwirtschaft unberührt ließe. Busch sieht lediglich in einer Vertiefung des Integrationsprozesses und in einem umfassenden Wachstumspakt die reale Chance zu einer dauerhaften Lösung der Schuldenproblematik und der gegenwärtigen ökonomischen wie politischen Krise Europas zu gelangen.

Angelica Schwall-Düren beschreibt die Umrise eines Gegenentwurfs zum vorherrschenden, markthörigen Krisenmanagement. Dabei setzt sie auf Wachstumsimpulse statt einseitiger Konsolidierung im Dogma des Fiskalpacts. Bei der notwendigen weiteren europäischen Integration und Schaffung einer politischen Union, wirbt sie für eine neue Balance zwischen Gemeinschaftsregeln und dem Subsidiaritätsprinzip. Schwall-Düren macht darauf aufmerksam, dass die ökonomische Krisenbewältigung nur eine Seite der Medaille ist. Ebenso sehr stehe die politische Legitimationskrise der EU zur Diskussion und bedürfe einer dringenden Lösung.

Michael Dauderstädt wagt ein Gedankenexperiment als Gegenmodell zur sich verfestigenden Ungleichheit als Haupttreiber der Staatsverschuldung: In einer sogenannten „Gini-Null-Gesellschaft“ wären Einkommen und Vermögen gleich verteilt. So entfele die Notwendigkeit zur ständigen Korrektur der Einkommensverhältnisse durch Steuern, Sozialbei-

träge und Umverteilungselemente. Anders als in unseren heutigen, ungleichen Gesellschaften wäre die Verschuldung des Staates unproblematisch, da alle Haushalte einen gleichen Anteil zur Staatsfinanzierung beitragen und zudem als Steuerzahler und Gläubiger identisch wären. Dieses Gedankenexperiment verdeutlicht, dass steigende Staatsverschuldung letztlich nur ein Symptom ungelöster Verteilungskonflikte darstellt, da staatliche Ausgaben in Teilen die zu geringen Einkommen der ökonomisch Schwächeren kompensieren müssen, während die Finanzierung der Staatstätigkeit über Steuern und Abgaben stets mit dem Widerstand der ökonomischen Elite rechnen muss.

Franz Walter hinterfragt kritisch die Chanceneurologie als gesellschaftlich akzeptiertes, von allen Parteien verfochtenes Prinzip zur Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheit. So habe sich der Glaube an die exakte Messbarkeit und gerechte Honorierung von Leistung durchgesetzt. Zur erfolgreichen Teilnahme am Leistungswettbewerb, zur Nutzung individueller Chancen werde die Bildung als wichtigste Voraussetzung propagiert. Übersehen werde laut Walter die so mögliche Schaffung einer vermeintlichen Meritokratie, in der die Eliten ihre Positionen verteidigen, die durch das Raster der Bildungschancen Gefallenen aber die Abgehängten der Leistungsgesellschaft bilden und dies einer egalitären Gesellschaft entgegen laufe.

Ungleichheit ist in ihren verschiedenen Facetten zugleich ein Ausgangspunkt und eine Konsequenz der Krisenphänomene. Die Sozialdemokratie wäre daher gut beraten, sich die Überwindung von Ungleichheit und Krise als sich wechselseitig bedingende Elemente, als zentrales politisches Projekt und Angebot an die Wähler auf ihre Fahnen zu schreiben. ■

☞ Dr. Björn Hacker ist Mitarbeiter für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Abteilung Internationale Politikanalyse (IPA) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

☞ Dr. Till van Treeck ist Mitglied der spw-Redaktion und arbeitet am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.